

Der 4. Juli und das Ende des amerikanischen Imperiums

Amerika nach dem Ende der Unipolarität.



3. Juli 2026 | Constantin von Hoffmeister

Jedes Jahr am 4. Juli feiern die Amerikaner die Gründung einer Republik, die ihre Unabhängigkeit von einem Imperium erklärte. Feuerwerke, Flaggen und Reden erinnern an ein Volk, das sich gegen eine Herrschaft aus der Ferne, gegen Verstrickungen mit dem Ausland und gegen die Konzentration von Macht ohne die Zustimmung der eigenen Gemeinschaften gewehrt hat.

Die tiefste Ironie dieses Feiertags besteht jedoch darin, dass die USA nach und nach genau zu dem wurden, wogegen sie ursprünglich gekämpft hatten. Die Republik der Bauern, Kaufleute, Handwerker und selbstverwalteten Staaten verwandelte sich in ein globales Imperium mit Militärstützpunkten auf allen Kontinenten, Flotten, die jeden Ozean patrouillieren, und politischen Ambitionen, die weit über die eigenen Küsten hinausreichen.

Der Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeit wirft daher eine dringlichere Frage auf, als patriotische Feierlichkeiten es gewöhnlich zulassen: ob die USA wieder zu einer Republik werden können oder ob sie sich weiterhin damit erschöpfen werden, eine globale Ordnung aufrechtzuerhalten, die es nicht mehr gibt.

Der Aufstieg einer multipolaren Welt hat die Grenzen des imperialen Projekts immer deutlicher aufgezeigt. Jahrzehntlang genoss Washington eine Position, die es ihm ermöglichte, die internationalen Finanzmärkte, Militärbündnisse und diplomatischen Institutionen mit relativ geringem Widerstand zu gestalten. Diese Ära ist nun vorbei. In ganz Eurasien und im gesamten Globalen Süden sind neue Machtzentren entstanden – nicht, weil ihnen dies gestattet wurde, sondern weil wirtschaftliche Entwicklung, technologischer Fortschritt und demografischer Wandel das Kräfteverhältnis verändert haben.

Keine noch so hohen Militärausgaben und kein noch so starker diplomatischer Druck können diese strukturellen Veränderungen dauerhaft umkehren. Die Bemühungen, die unipolare Vorherrschaft aufrechtzuerhalten, haben stattdessen endlose Kriege, steigende Staatsverschuldung, innenpolitische Spaltungen und wachsendes Misstrauen unter den Verbündeten hervorgebracht, die zunehmend erkennen, dass sich die Welt unabhängig von den amerikanischen Wünschen verändert. Das Ende des Imperiums ist daher nicht das Ergebnis einer einzelnen Niederlage, sondern einer historischen Transformation, die kein Staat einfach per Gesetz rückgängig machen kann.

Dieser Wandel offenbart auch einen Konflikt innerhalb Amerikas selbst. In den USA gab es schon immer zwei konkurrierende Strömungen. Die eine richtet den Blick auf das Meer und strebt nach wirtschaftlicher Expansion, finanziellem Einfluss, militärischer Präsenz und einer universellen Mission, die sich über den gesamten Globus erstreckt. Die andere richtet den Blick auf das Land und legt den Schwerpunkt auf produktive Industrie, lokale Gemeinschaften, sichere Grenzen, nationalen Zusammenhalt und die Pflege der Republik im eigenen Land.

Diese Traditionen existieren seit den Anfängen des Landes nebeneinander, doch die maritime Vision hat die kontinentale nach und nach verdrängt. Die industrielle Stärke diente zunehmend finanziellen Interessen, die Verpflichtungen im Ausland nahmen zu, und die Erneuerung im Inland trat gegenüber der globalen Politik in den Hintergrund. Während sich die imperialen Verpflichtungen ausweiteten, schwächten sich die Grundlagen der Republik ab. Die Infrastruktur veraltete, die Produktion ging in vielen Regionen zurück, Gemeinschaften zerfielen, und das politische Leben wurde von Kämpfen um ferne Krisen beherrscht, während sich die Probleme im Inland Jahr für Jahr häuften.

Das Versprechen von „America First“ schien diese Realität für kurze Zeit anzuerkennen. Millionen von Wählern hatten erkannt, dass endlose Interventionen im Ausland den einfachen Amerikanern kaum Nutzen gebracht hatten, während sie immense finanzielle und menschliche Kosten verursachten. Sie hofften auf eine Rückkehr zu einer Außenpolitik, die sich eher an Zurückhaltung, nationalen Interessen und verfassungsrechtlichen Grenzen orientierte als an ideologischen Missionen in Übersee.

Doch Hoffnungen allein können fest verwurzelte Institutionen nicht überwinden. Die Wahlversprechen prallten auf ein politisches, bürokratisches, militärisches und finanzielles Establishment, das ein großes Interesse daran hatte, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Ob durch Kompromisse, Druck, Kalkül oder Überzeugung – die Bewegung, die nationale Erneuerung versprochen hatte, fand sich zunehmend in vielen der gleichen Muster wieder, die sie einst verurteilt hatte.

Für viele Anhänger bedeutete dies nicht nur eine politische Enttäuschung, sondern auch eine Erinnerung daran, dass es einfacher ist, Personen auszutauschen, als die Strukturen eines Imperiums zu verändern, das über Generationen hinweg gewachsen ist.

Wenn die USA ihre Stärke zurückgewinnen wollen, müssen sie die Illusion aufgeben, dass sich die globale Vorherrschaft durch größeren Einsatz wiederherstellen lässt. Eine Republik wird nicht dadurch beständig, dass sie die Welt regiert, sondern dadurch, dass sie sich selbst gut regiert.

Wirtschaftliche Produktion, technologische Innovation, Grenzsicherheit, Infrastruktur, Bildung und die Stabilität lokaler Gemeinschaften tragen mehr zur nationalen Größe bei als ein weiterer militärischer Einsatz am anderen Ende der Welt. Eine echte „America First“-Politik würde daher das Entstehen einer multipolaren Welt akzeptieren, anstatt es als Katastrophe zu betrachten. Sie würde andere große Zivilisationen als feste Bestandteile des internationalen Lebens anerkennen und gleichzeitig die amerikanischen Ressourcen auf den Wiederaufbau des Landes selbst konzentrieren. Ein

solcher Kurs wäre kein Zeichen der Kapitulation, sondern strategischer Reife, bei der imperiale Überdehnung durch nationale Konsolidierung ersetzt wird.

Der 4. Juli sollte daher mehr sein als nur ein Fest der Vergangenheit. Er sollte als Gelegenheit dienen, sich an den ursprünglichen Zweck der amerikanischen Unabhängigkeit zu erinnern und zu prüfen, wie weit die Nation davon abgekommen ist.

Das Imperium, das im Laufe des 20. Jahrhunderts entstanden ist, tritt in sein letztes Kapitel ein, weil die Bedingungen, die es gestützt haben, verschwunden sind. Das Festhalten an seinen Überresten wird den Niedergang nur noch vertiefen.

Die Wiederherstellung der Republik hingegen bleibt möglich, wenn die Amerikaner die Weisheit wiederentdecken, die ihre Gründung beseelte: dass ein freies Volk sich selbst regieren sollte, anstatt danach zu streben, die Welt zu regieren. Das Zeitalter des Imperiums neigt sich dem Ende zu. Ob dies den Niedergang Amerikas oder den Beginn seiner Erneuerung bedeutet, hängt davon ab, ob die Nation beschließt, ein Imperium zu bleiben oder wieder eine Republik zu werden.